

MAHNWACHE GÜNDREMMINGEN

RUNDBRIEF

16.6.68 190

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	S.2
Bericht von der Aktion 6.-9. August	S.3
Auswertung	S.6
Juristische Einschätzung	S.8
Pressespiegel	S.10
Letzte Post	S.16



"Was müßte unsere Einstellung gegenüber einer Autorität sein, die uns ständig täuscht, ihre wahren Absichten verheimlicht, das Risiko für das menschliche Leben steigert, die Erde verwüstet, diejenigen einsperrt, die sich widersetzen?

Philip sagte einfach: Ich glaube, wir sind ihre einzige Chance. Wahrhaftig. Welchen anderen Zugang haben sie zum Leben, zur Erkenntnis des Terrors dessen Beute sie sind? Welche andere Hoffnung als die, die ihre Freiheit für die gefährdete Wahrheit aufs Spiel setzen?"

Daniel Berrigan

VORWORT

In diesem Rundbrief berichten wir von der Aktion "6.-9.8 Hiroshima und Nagasaki in Gundremmingen", unserer Auswertung und juristischen Einschätzung. Wir wollen damit mit Euch in Auseinandersetzung über unser Konzept des gewaltfreien Zivilen Ungehorsams treten.

Grundlage unseres weiteren Weges ist der Aufruf "Mahnwache Gundremmingen" und die Resonanz und Kritik, der wir begegnen.

Der Bund Naturschutz Bayern wäre bereit mit uns zusammenzugehen. Wir stellen uns vor, mit der KGB in Günzburg ein öffentliches Gespräch auch mit Fachleuten über unsere zukünftige Energiepolitik zu veranstalten. Wir werden uns auf dieses Gespräch im Folgenden immer wieder beziehen können und müssen.

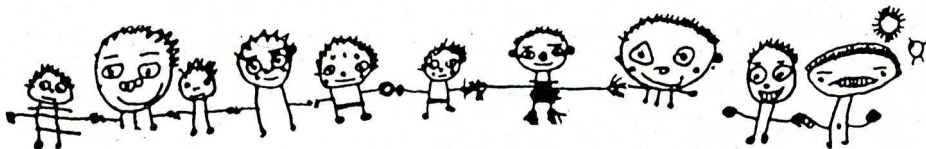
Als deutlichste Antwort bereiten wir unsere erste Atomtransportblockade vor. Bisher gibt es zwei mögliche Vorstellungen über die Form der Blockaden. Zum einen: wir blockieren den Schienenweg, wenn ein Transport mit abgebrannten Brennelementen das AKW verlassen will. Unsere Aussage wird klar und unmißverständlich, die Konfrontation ist unmittelbar. Aber dazu ist es notwendig, sehr sorgfältig nachzuforschen, wann ein Transport das AKW verläßt, ferner braucht es einen Kreis von Menschen, die sich sehr kurzfristig bereit sind mitzumachen. Der andere Gedanke geht davon aus, daß nicht alle Menschen, die die Atomindustrie in ihrem Treiben behindern wollen, deshalb ständig in Bereitschaft zur Blockade leben wollen/können. Das bedeutet, die Blockaden an Wochentagen im Zeitraum vor der Revision, in dem Transporte zu erwarten sind, durchzuführen; wir könnten uns vorbereiten, sie ankündigen und dazu aufrufen. Selbst wenn wir keinen Transport antreffen würden, wäre es doch eine friedliche Versammlung, die unseren Widerwillen deutlich macht. Interessant ist dabei auch, zu welchen Reaktionen sich die Leitung des Kernkraftwerkes, das Landratsamt und das Innenministerium mit Polizei entschließen könnten.

Soweit unsere noch unausgegorenen Überlegungen.

Wer Interesse hat, diese Ideen weiter zu entwickeln, den/ die möchten wir ganz dringend einladen zum Gedankenaustausch

Mi 7.11 20 Uhr Pizzeria gg. Bahnhof Günzburg

Jede Blockade ist ein Hinweis auf die Möglichkeit, daß eines Tages die Atomindustrie und auch der Staat, insoweit er sie legalisiert und unterstützt, nicht mehr um die Konfrontation mit den Folgen ihres Tuns herum kommen. Wir setzen darauf, daß genügend Menschen mit uns die Überzeugung teilen, daß der Ausstieg aus der Atomenergie und der Einstieg in eine sparsame Energiepolitik unsere Mühe, den zivilen Ungehorsam und auch das Gefängnis wert sind.



AKTIONSBERICHT

3

"Das Gedächtnis der Menschheit für erduldeten Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen!"
Bert Brecht 1952

So begann unser Flugblatt zur Aktion vom 6.8. bis zum 9.8.90. An den Jahrestagen von Hiroshima und Nagasaki waren wir vor dem Tor des AKW.

Mit einer Tag- und Nachtpräsenz, die ins zum Zeitpunkt der Bombenabwürfe und fastend wollten wir den unbehelligten Betrieb des AKWs stören.

Wie dies alles abgelaufen ist, will ich als Teilnehmer versuchen zu schildern. Vorab vielleicht noch, daß wir seit April 89 dem 3. Jahrestag von Tschernobyl, jeden Sonntag ab 15 Uhr (halten) und daß schon einige Aktionen gelaufen sind. Ohne diesen Hintergrund an Gemeinsamkeit, Erfahrung und Entschlossenheit wäre diese Aktion so nicht möglich gewesen! *Hahnweide*

Vorab auch noch: Vorbereitungswochenenden der Teilnehmer und Gespräche im Landratsamt Günzburg. Dieses Landratsamt verbat sich dann unsere Aktion mit dem Hinweis auf den gefährdeten Betriebsfrieden und ~~hat~~ uns als Ausweichs-

ort ~~wurde uns~~ den abgelegene Parkplatz des AKWs zugewiesen. Ein Kompromiß des Landratsamts sah so aus; für jeweils 10 Min., zur Zeit der Abwürfe, Anwesenheit vor dem Tor, den Rest der Aktion auf dem Parkplatz.

Darauf konnten wir freilich nicht eingehen und haben dies auch deutlich gemacht.

Sodann, Montag 6.8. kurz vor 7 Uhr, ich habe Urlaub und befinde mich statt im Bett auf dem Großparkplatz des AKWs Gundremingens. Beim Vorbeifahren ein Blick auf, das Werkstor. Dort

stand schon einiges an Polizei herum. Aber das war ja klar!!
Ann: Treffen vor Ort. Da waren wir nun; vier Akteure und einige UnterstützerInnen der Aktion. Für mich schon hier eine erfreuliche Überraschung; drei "neue Gesichter" aus dem Stuttgarter Raum. Toll, wenn man sonst immer in Minimalbesetzung plant und umsetzt!!

Zusammen gingen wir nun in Richtung AKW-Tor. Ungefähr 10-15 Meter davor wurden wir von den Polizisten begrüßt. Der Leitende Beamte vor Ort war H. Nägele von der PI in Burgau. Ein alter Bekannter von uns aus mehreren Gesprächen im Landratsamt und ein guter, korrekter Mann. Er fragte uns, ob wir denn nicht den Bescheid vom Landratsamt erhalten hätten und was wir denn nun tun würden. Wir gaben ihm ein vorbereitetes Papier, auf dem wir alle für uns denkbaren Situationen und unsere jeweiligen Reaktionen festgehalten hatten. So stand dort z.B., falls wir von der Polizei vor dem Tor abgefangen werden, bleiben (an Ort und Stelle und machen dort unsere Aktion. *Wir*

Und so kam es dann auch. Um 7,45 Uhr haben wir uns zum ersten Die-Ins vor die Polizisten auf den Boden gelegt. In zeitlichem Abstand sind wir drei-mal aufgefordert worden, aufzustehen und zu gehen. Nach der letzten Aufforderung hat man uns dann

in eines der bereitstehenden Einsatzfahrzeuge geführt, und uns in die entgegengesetzte Ecke des Parkplatzes gefahren. Nach dem wir dort wieder aussteigen konnten sind wir schnurstraks zurückgelaufen und haben uns wieder hingelegt. Der Unterschied war, daß unser Standpunkt nun 20 Meter vor dem Tor war und uns die Transparente, die wir beim Erstenmal auf dem Boden ausgebreitet hatten, weggenommen wurden. Wieder bekamen wir die Aufforderung zu gehen. Begleitet wurde dies alles, neben dem Einsatzleiter, den anderen Beamten, einem polizeilichen Videofilmer, von unseren UnterstützerInnen und unserem Photographen. Wieder wurden wir verladen und wegtransportiert. Im Bus versuchten wir durch Fragen hinter den Sinn dieser Polizeitaktik zu gelangen und zeigten deutlich unsere Verwunderung. Wieder gingen wir gemeinsam zurück und konnten unser einstündiges Die-Lin, wieder ein paar Meter weiter vom Tor entfernt, beenden. Anschließend standen wir, im Kreis auf der Zufahrtsstraße zum Besucherinformationsgebäude hinter einem Polizeibus und den Beamten. Wir sprachen miteinander und diskutierten mit den Polizisten und dem, "zu Besuch" gekommenen, zuständigen Beamten des Landratsamts. Nach geraumer Zeit wurden wir aufgefordert, den Platz zu verlassen. Zwei Beamte führten uns, nachdem wir darauf nicht reagierten, zu jeweils getrennten Einsatzfahrzeugen in denen wir Platz nehmen mußten. Darin wurden zur PI nach Burgau gefahren. Nachdem es dort nur zwei Zellen gab (oder nur zwei frei waren) landeten ~~wir~~ zwei bei der PI in Günzburg. Erwähnenswert vielleicht das Gefühl, im Polizeibus durch die Stadt zu fahren und sich vor den drei Beamten bis auf die Unterhose auszuziehen, die dann, rücksichtsvollerweise, nur kurz herruntergekassen werden mußte. So dann: tritt ein in deine Zelle. Gummimatratze, Klosschüssel, alles fest, ein krätziges Stück Decke und unklar wie es weiter gehen wird; dies alles in der Unterhose-toll!!

Am frühen Nachmittag wurden wir zusammengebracht und, wieder angezogen, zum Amtsgericht nach Günzburg chauffiert. Der dortige Richter, H. Seitzer, bestätigte den Freiheitsentzug, den in Bayern erstmals angewanten Sicherheitsgewahrsam! Bis zu 14 Tagen kann man nun nach Polizeigutdünken festgesetzt werden! H. Seitzer hat uns dies in unserem Fall *bestätigt. Einer der uns begleitenden Polizisten sagte: "Warum sollen wir das entscheiden, der Richter verdient drei mal mehr als wir."

* für vier Tage

Jeder von uns wurde einzeln vernommen und bekam eine Abschrift des Protokolls. Da dem Richter und den Polizisten unklar war, wo es jetzt mit uns hingehen sollte, führen wir zunächst wieder nach Günzburg. Dort hieß es dann allerdings; die Frau nach Memmingen, die 3 Männer nach Neu-Ulm und zwar schnell, denn die zuständigen JVA's nehmen neues Klientel nur bis 17"Uhr an! So wurde denn auf der Fahrt auch schon mal rechts überholt. In Neu-Ulm hätte dann noch beinahe der JVA-Beamte einen Strich durch den Coup gemacht. In barschem Ton fragte er die Beamten, was das denn hier solle und wer uns eingewiesen hätte. Es klärte sich doch noch auf und so durften wir in unsere neue 3 Mann Behausung abgeführt werden. Bettzeug, Decken, Waschzeug und Tee. Es wurde freundlich und korrekt mit uns umgegangen. Am nächsten Vormittag noch eine Vernehmung statt. Teil der diesmaligen Befragung war, wie schon beim Richter, wie lange die Aktion denn dauern würde und was wir denn bei vorheriger Ent-

lassung zu tun gedanken. Auch jetzt war von unserer Seite klar, die Aktion wird, wie geplant, bis Donnerstag Nachmittag vor dem Gundremminger AKW-Tor fortgeführt!

am Dienstag Mittag war Zellenaufschluß und Hofgang. Gefühlsmäßig war der Knast wohl eine komische Sache. Zum Einen wussten wir und auch die, daß wir am Donnerstag wieder rauskommen werden, dann die korrekte, freundliche Behandlung, Sonderstatus, gleich eigene Klamotten und kein Arbeitsdienst; zum Anderen halt doch: das erste Mal im Gefängnis, wo mir nicht so klar war, was ich denn eigentlich verbochen hätte. Na ja, am Nachmittag dann, total überraschend, Entlassung! Wir zogen verduzt von dannen, die JVA im Rücken. Ein tolles Gefühl, obwohl oder weil es doch nur ein Tag richtiger Knast war und jetzt, plötzlich; Frei!!! Das Wort gewinnt eine ganz andere Bedeutung, als zu Hause beim Fernsehen!

Wir trafen uns dann alle in Ulm wieder zusammen.

Zur JVA in Memmingen wäre noch anzumerken; ausziehen, kniebeugen, duschen, Knastklamotten und das ganze bei der Entlassung wieder umgekehrt! Dazwischen; Einzelzelle, weil man einen die fastet keine Zellengenossin zumutet oder aber auch umgekehrt. Am frühen Dienstagabend trafen wir alle wieder am AKW ein. Wir hatten schon vorher erfahren, daß es durch unsere, aber auch durch die Aktion des Gerichts zu einem riesigen Presseecho gekommen war, und uns bereits einige Leute vor dem Gundremminger AKW erwarteten. So war es denn schon ein großes Triumpfgefühl jetzt, mit über 30 Sympatisanten ungehindert vor das Tor ziehen zu können und letztendlich doch noch unsere Mahnwache abhalten zu können!! Der neue Einsatzleiter, Vizechef von Krumbach, kam auf uns zu und erklärte, daß nun kein unmittelbarer Handlungsbedarf bestehe und er keine Gefahr mehr in uns sehe und ob wir denn irgendeine Bedrohung sehen! Klar, die Gefahr liegt beim AKW und doch wirklich nicht an uns!! Vorallem war es letztlich fast lächerlich, daß nun plötzlich kein Eingreifen mehr nötig sein sollte, wo doch alle Beteiligten ahnten, daß dies dem denkwürdigen Vorgehen der bayerischen Justiz zuzuschreiben war.

Die erste Nacht vor dem Tor war kalt und lang.

Am Mittwoch erlebten wir eine wechselnde Polizeitaktik. Einmal wurden anwesende Sympatisanten aufgefordert zu gehen, da man sonst ihre Personalien aufnehmen müsse und sie mit einer Anzeige zu rechnen hätten. Ein andermal wurden anwesende Unterstützer nicht beehelligt. Auch an diesem Tag war es wunderbar, die Solidarität der vielen Menschen zu spüren, die uns besuchten und uns auch schon mal einen guten Tee vorbeibrachten! Der Kontakt zu den Arbeitern des AKWs war da schon viel schwieriger und die "Fronten" schienen verhärtet. Die Ausnahme war eine normale Diskussion, häufiger kam verbaler Mist in der bekannten Form; "Arbeitsscheues Gesindel...", meistens kam leider gar nichts. Schade!

Am Donnerstag, zum abschließenden Die-Inn und der Mahnwache, war es nochmal wunderbar, erleben zu können, daß andere Leute sich trotz Personalienfeststellung und Strafandrohung hier eingeklinkt haben. Sie kamen und waren da, machten mit und gaben mir das Gefühl, das Richtige zu tun, nicht nur ein kleiner Haufen Idealisten zu sein und auf dem einzig richtigen Weg zu sein.

Es gibt bestimmt viele, noch viele mehr, die, wenn es um die Sache geht kommen, kommen werden!!!

Am frühen Donnerstag Nachmittag zogen wir dann ab. Schon ein wenig erledigt zwar, aber doch größtenteils glücklich und zufrieden.

Hier jetzt auch noch mal: Es tut Jede und Jeder, die sich solidarisch erklärt haben, die da waren, die sich gemeldet haben, unglaublich gut!! Ihr seit ein Teil unserer Kraft und unseres Glaubens!! Danke!!

Alfred

Nachgedanken zur Aktion

6.-9.August Hiroshima und Nagasaki in Gundremmingen"

Das Landratsamt Günzburg hat für die gesamte Aktion die Auflage erlassen, daß sie auf dem entlegenen Revisionsparkplatz stattzufinden habe, wobei uns ein zehnminütiges Die-In vor dem Tor bei einem Gespräch mit Vertretern des Landratsamtes, der Polizei und des Kraftwerkes als Kompromiss angeboten worden war. Wir führten die Aktion wie geplant durch, d.h. Präsenz unmittelbar vor dem Werkstor und einstündige Die-Ins zur Zeit der Bombenabwürfe. Damit begingen wir zum ersten Mal offensiv und unmißverständlich Zivilen Ungehorsam. Wir haben damit begonnen, das einzulösen, was wir in unserem Aufruf angekündigt haben: Ziviler Ungehorsam bedeutet, daß wir bewußt Gesetzesauslegungen überschreiten, wo sie das Unrecht der Atomenergie decken. Offensichtlich hat uns das unser Gegenüber doch nie ernsthaft abgenommen und so waren sie deutlich überrascht und unvorbereitet.

Durch die erstmalige Anwendung des umstrittenen Polizeiaufgabengesetzes, als Hanne, Rolf, Konni und Alfred am Montag in Unterbindungsgewahrsam genommen wurden, haben wir einen breite Solidarität erfahren: besonders die Fraktion der Landtagsgrünen, Teile des SPD, aber vor allem viele, viele Einzelne haben mitgeholfen und sich eingebracht. Beim zweiten Die-IN am Nagasakitag waren zwölf Menschen bereit, teilzunehmen und damit "ungehorsam" zu werden. Am Montag waren es erst vier.

Die Anwendung des neuen PAG, das den Unterbindungsgewahrsam bis zu vierzehn Tagen erlaubt, hat ungeheures öffentliches Interesse erregt, das damit auch auf den Atomstandort Gundremmingen gefallen ist. Spiegel, Frankfurter Rundschau, Zeit, Süddeutsche Zeitung u.v.a.m. berichteten. Eigentlich ist es merkwürdig, daß vier Tage Unterbindungsgewahrsam große öffentliche Empörung hervorrufen, die Einschränkungen von Leben und Freiheit, die wir mit der Atomenergienutzung unseren Kindern zumuten, aber nicht. Indem wir staatliche Verfolgung bewußt auf uns nehmen, versuchen wir die Relation umgekehrt wiederherzustellen. Leider haben die Zeitungen darüber kaum berichtet.

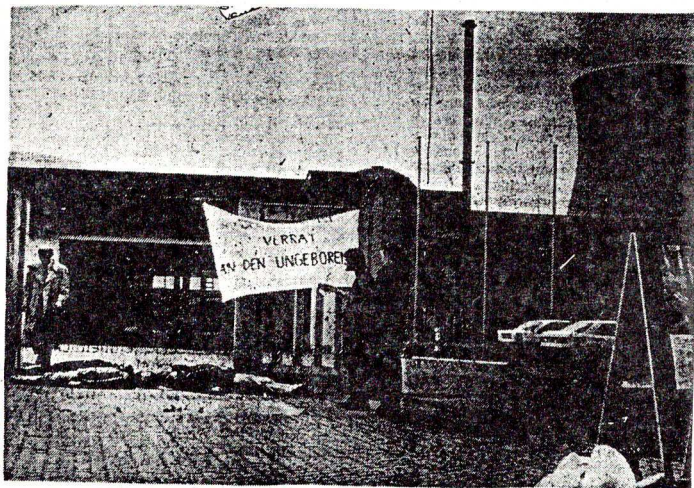
Persönlich haben wir alle diese Tage sehr intensiv erlebt: Grenzsituation, bei der die Grenze unsere Belasbarkeit nicht mehr der Maßstab war. Eine gute Erfahrung. Auf der anderen Seite bleibt uns jetzt die Feststellung: "Mein Leben paßt nicht zu dieser Aktion". Der Widerstand setzt sich nicht genügend in unseren Alltag fort. Es fällt uns schwer, uns den nächsten Schritt vorzustellen.

Vor allem mit der Polizei als Vertreterin der Staatsgewalt haben wir ein Gespräch geführt: auf unsere Aktion folgte ihre Antwort, die sich im Lauf der Aktion verändert hat.

Die Polizei vor Ort hat erfahren müssen, wie schnell sich das Recht ändern kann und man von den vorgesetzten Behörden im Stich gelassen wird, als dem Innenministerium die politische Brisanz der Lage bewußt wurde und es daraufhin die sofortige Freilassung der Festgenommenen anordnete.

Dennoch hat uns der konkrete Konfliktgegner gefehlt. Die Suche nach den Verantwortlichen ist schwer. Wenn die Verantwortlichkeit allgemein bleibt, sind auch wir selbst einbezogen: jede soll das Ihrige zum Ausstieg beitragen. Auf der anderen Seite werden wir damit ungenau; man könnte den Eindruck bekommen, daß wir mit den gewaltfreien Aktionen letztendlich niemand meinen und treffen wollen. Unser moralischer Druck muß eine Richtung haben, wir müssen RWE/Bayernwerk und die Regierung künftig ernster nehmen, ihnen konkrete Forderungen stellen und mit ihnen die Auseinandersetzung aufnehmen. Vielleicht war es sogar ein Fehler mit dem Zivilen Ungehorsam zu beginnen, ehe uns der eigentliche Gegner klar ist.

Die sonntägliche Mahnwache geht weiter wie bisher; wir sind ein kleiner Kreis wie immer. Von der Aktion ging wohl doch kein so großer Impuls für die Menschen aus, sich nach ihrer Haltung zur Kernenergie zu fragen. Die Reaktion auf den Störfall am 9.9.90 in Gundremmingen, bei dem ein Brennelement über dem Lagerbecken abgestürzt ist, war die gewohnte Gleichgültigkeit. Auch wir begreifen noch immer kaum die Dimension der Gefährdung, finden nicht das Verhältnis zwischen Tschernobyl, seiner ständig neuen Möglichkeit und unserem Leben.



Die-In
am Tschernobyltag 90

JURISTISCHES

In den letzten Monaten bildete sich aus der sonntäglichen Mahnwache der Wille zu weitergehenden Formen der Auseinandersetzung heraus, hin zu gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams. Mit dem zivilen Ungehorsam stellen wir die Legitimität der Atomwirtschaft und die Rechtmäßigkeit des staatlichen Festhaltens an der Atomenergie in Frage. Dies geschieht in der Überzeugung, daß hier eine Technologie betrieben und verantwortet wird, die man nicht verantworten kann und darf, weil sie über kurz oder lang die Erde in einen für Menschen unerträglichen Planeten verwandelt. Bisher wird die Atomspaltung von allen drei Staatsgewalten -Regierungen, Parlamenten, Gerichte, legitimiert. Dabei wird Verantwortung so oft geteilt, bis sie verschwindet. Was die "friedliche" Nutzung der Kernenergie bedeutet, darf dort nicht gedacht werden. So hat auch bei der strafrechtlichen Verfolgung von TeilnehmerInnen der Mahnwache Gündremmingen (in Angesicht der Atomanlage) die strikte Verdrängung dessen, worum es eigentlich gehen müßte, oberste Priorität.

I Versammlungsrecht

Die Versammlungsfreiheit ist außerhalb von Wahlen das Recht der BürgerIn zur Einflußnahme auf die politische Willensbildung. Weder ein Die-In noch eine gewaltfreie Blockade widersprechen dem Charakter einer unbewaffneten und friedlichen Versammlung unter freiem Himmel. Wo unser Staat wohlwollend dem Verbrechen der radioaktiven Verseuchung zusieht, lassen wir uns das Recht nicht nehmen, uns dagegen zu versammeln und dieses Unrecht möglichst zu behindern, -geistig, moralisch und materiell. So haben wir gegen zwei Auflagenbescheide des Landratsamtes Günzburg, die uns den Zutritt auf das Gelände, auf dem wir sonst immer Mahnwache halten, für den 29.4.90 (Tschernobyl) und den 6.-9.8.90 (Hiroshima und Nagasaki) verwehrt. Widerspruch beim Verwaltungsgericht Augsburg eingelegt. Als Grund der Auflagen wurde das Eigentumsrecht der KGB sowie die von unserer Versammlung ausgehende "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" angeführt. In beiden Fällen hielten wir uns nicht an die Auflagenbescheide, da wir sie als unverhältnismäßige Einschränkung unserer Versammlungsfreiheit einstufen.

II Hausfriedensbruch

Ein Atomkraftwerk ist weder ein Haus noch ein friedlicher Ort. Auch wird ein Verbrechen nicht dadurch weniger schlimm, daß es in privater Verantwortung ausgeübt wird, kurz und gut: wir erkennen dem AKW den Charakter des Privaten ab. Hausfriedensbruch wird uns eigentlich dauernd vorgeworfen. Nach Auffassung der Betreiber ist schon jede Mahnwache ein Hausfriedensbruch, der lediglich normalerweise toleriert wird. Wegen Hausfriedensbruches kommt es nur auf Antrag des Grundstückseigentümers zu strafrechtlicher Verfolgung. Der Eigentümer tritt dann als Nebenkläger auf. Bisher wurde nur einmal Anzeige erstattet, nämlich für die Tage im August. Neun Personen, die am Nagasakitag am Die-In teilgenommen hatten, wird Hausfriedensbruch vorgeworfen, vier weiteren gleich mehrfach.

III Nötigung

Dem Vorwurf der Nötigung muß eine Verletzung der Persönlichkeitsrechte eines Dritten zugrunde liegen. Nötigung bedeutet die Ausübung von Zwang mit verwerflichen Motiven. Am Hiroshimataag sollen vier Personen zweimal die Fahrbahn blockiert haben, was ihnen nebst oben erwähnten Tatvorwürfen (Hausfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz) Festnahme und Unterbindungsgewahrsam einbrachte. Den TeilnehmerInnen des Die-In vom Nagasakitag wird versuchte Nötigung vorgehalten.

Offenbar versteht die bayerische Polizei unter dem Begriff der gewaltfreien Aktion von vornherein nichts anderes als eine Blockade.

Blockiert hat am Hiroshimataag die Polizei, die uns nicht auf den Bürgersteig vor dem Fußgängertor ließ, wo wir das Die-In halten wollten, und die dafür die ganze Fahrbahn abriegelte. Und inwieweit ich einen Fußgänger nötige, wenn ich mich vor ihm auf den Boden lege, ihm die Wahl lassend über mich oder im Bogen um mich herum zu laufen, muß der Fantasie der Gerichte überlassen bleiben.

IV Unterbindungsgewahrsam

Konni, Alfred, Hanne und Rolf wurden am Hiroshimataag in Unterbindungsgewahrsam genommen, der ursprünglich vier Tage dauern sollte, aber schon nach einer Nacht abgebrochen wurde aufgrund der falschen Behauptung, die Festgenommenen hätten sich bereit erklärt, die Versammlung zu beenden b.z.w. die Versammlung sei beendet gewesen (richtig hätte es heißen müssen, die Versammlung werde im Gefängnis weitergeführt und das dürfe sie auch nicht). Gegen den Beschluß, mit dem das Amtsgericht Günzburg den Unterbindungsgewahrsam angeordnet hat, haben wir sofortige Beschwerde eingelegt, die wir soweit es geht, durchfechten wollen, wobei wir uns an den bayerischen Gerichten nur geringe, am BVerG in Karlsruhe sehr gute Chancen ausrechnen, sollte es soweit kommen.

Die Möglichkeit, Personen bis zu zwei Wochen ohne Haftbefehl festzuhalten, wird im Polizeiaufgabengesetz (Landesgesetz) festgelegt. Diese Gesetzesverschärfung wurde für AtomkraftgegnerInnen in Wackersdorf erdacht. Dieses umstrittene Gesetz jetzt anzuwenden führt zu einem Legitimationsverlust der staatlichen Gewalt, und damit können wir arbeiten. Mit jeder gewaltfreien Aktion stellen wir dann auch die Frage, ob man uns wieder in Unterbindungsgewahrsam nehmen mag. Damit organisiert sich unser Widerstand so, daß die Versammlung im Gefängnis mit verstärkter Wirkung weitergeht.

Mit dem zivilen Ungehorsam nehmen wir die staatlichen Sanktionen bis hin zum Gefängnis in Kauf. Indem wir auch davor nicht zurückschrecken, wird der Knast zum Kampfmittel in der gewaltfreien Auseinandersetzung. Er stellt die Verhältnismäßigkeit wieder her. Bisher allerdings gibt es noch keinen einzigen Strafbefehl, sondern es wird "ermittelt". Mit der Kriminalisierung wird versucht, jeden über das konventionelle Maß gehenden Gewissensappell zu verbieten. Dieser Versuch muß notwendig scheitern, denn er schafft, was er verhindern will.

Das jähe Ende einer Mahnwache

Vier Demonstranten in Gundremmingen in Unterbindungsgewahrsam genommen

Von Petra Hellingbrunner

Gundremmingen - Nur wenige Tage, nachdem der Bayerische Verfassungsgerichtshof (VGh) die umstrittene Verlängerung des sogenannten Unterbindungsgewahrsams für Rechtsens erklärt hat, ist es zu einem spektakulären Fall einer solchen „Vorbeugehaft“ gekommen. Polizeibeamte nahmen am Montag vier Teilnehmer einer aus einem Dutzend Kernkraftgegner bestehenden Mahnwache am Atomkraftwerk Gundremmingen (Landkreis Günzburg) fest. Am Dienstagmittag erklärte das bayerische Innenministerium, auf seine Veranlassung hin sei der Unterbindungsgewahrsam aufgehoben worden. Die Betroffenen befanden sich wieder auf freiem Fuß.

„Durch Hinlegen blockiert“

Nach Auskunft der Polizeidirektion Krumbach haben die vier Demonstranten, drei Männer und eine Frau, gegen eine Auflage des Landratsamtes Günzburgs verstoßen, indem sie den Zufahrtsweg zum Kernkraftwerk „durch Hinlegen blockiert“ hätten. Außerdem hätten sie die Demonstration auf nicht zugelassenes Areal ausgedehnt, indem sie nämlich statt auf einem Parkplatz, der ihnen vom Landratsamt zugewiesen worden sei, direkt vor dem Werkstor demonstrierten.

Die umstrittene Regelung des verlängerten „Unterbindungsgewahrsams“, die CSU und Staatsregierung gegen den Widerstand der Opposition durchgesetzt haben, ist am 1. April 1989 in Kraft getreten. Sie sieht unter anderem vor, daß die Polizei Verdächtige nicht nur wie bisher 48 Stunden, sondern bis zu zwei Wochen in Gewahrsam nehmen kann. Voraussetzung dafür ist, daß „die unmittelbare bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit“ verhindert werden kann, die „von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit“ ist.

Die religiös orientierten Teilnehmer der Mahnwache hatten von Montag, 6. August

- dem 45. Jahrestag des Abwurfs der Atombombe über der japanischen Stadt Hiroshima -, bis Donnerstag, 9. August, dem Jahrestag des Bombenabwurfs über Nagasaki, täglich gegen die „schleichende Verstrahlung der Schöpfung“, wie es in einem ihrer Flugblätter heißt, protestieren wollen. Derartige Mahnwachen in Gundremmingen fanden das Jahr über an jedem Sonntag statt und zwar immer unmittelbar am Werkstor, sagte Sigrid Birnbach, eine Sprecherin der Kernkraftgegner am Dienstag. Deshalb sei es für die Teilnehmer der Demonstration nicht einzusehen gewesen, warum man dieses Mal auf einen weit abgelegenen Parkplatz abgedrängt werden sollte, „wo der Gewissensappell an die Mitarbeiter des Atomkraftwerks und an die Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen werden kann“.

Das Innenministerium stellte dazu fest, die vier Demonstranten seien zweimal von der Polizei weggetragen worden. Nachdem sie ein drittes Mal den Zugang zum Kernkraftwerk hätten blockieren wollen, seien sie von der Polizeiinspektion Burgau zur Verhinderung weiterer Straftaten wie Hausfriedensbruch, Nötigung und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz in Unterbindungsgewahrsam genommen worden. Bei der Anhörung durch den zuständigen Richter am Amtsgericht hätten die Blockierer erklärt, daß sie sofort nach einer Entlassung erneut den Eingang zum Kernkraftwerk sperren würden. Der Richter habe daher die Fortdauer des Unterbindungsgewahrsames angeordnet und zwar bis Donnerstag, 17 Uhr. Gleichzeitig habe er festgelegt, daß die Betroffenen zu entlassen seien, wenn die Demonstration beendet sei. Dies sei inzwischen geschehen.

Thomas Oelmayer aus Ulm, der Verteidiger der Demonstranten, kündigte der SZ an, er wolle Beschwerde gegen die von ihm als „unverhältnismäßig“ und „verfassungswidrig“ betrachtete Maßnahme einlegen und den Fall vor das Bundesverfas-

sungsgerichtshof in Karlsruhe bringen.

Wie berichtet, hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof (VGh) am 2. August die umstrittene Verschärfung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG) für verfassungskonform erklärt. Das Gericht wies damit mehrere Popularklagen ab, die insbesondere die Verlängerung des „Unterbindungsgewahrsams“ von zwei auf 14 Tage zu Fall bringen sollten. Die bayerische SPD sprach nach der Entscheidung von einem „schwarzen Tag“ für die „liberalitas bavariae“, die Grünen nannten das Gericht einen „CSU-Verfassungsgerichtshof“, der immer versage, wenn es gelte, demokratische Freiheiten zu sichern.

Im Mittelpunkt der Klagen stand der Vorwurf, die Gesetzesnovelle verletze Artikel 102 der Bayerischen Verfassung. Dort ist verankert, daß jeder Festgenommene spätestens am Tag nach seiner Festsetzung dem zuständigen Richter vorzuführen ist, der gegen den Festgenommenen entweder Haftbefehl zu erlassen oder ihn unverzüglich in Freiheit zu setzen hat. Die Festnahme in Gundremmingen hätte eine vierstündige Haft ohne Haftbefehl nach sich ziehen könne, wenn nicht das Innenministerium am Dienstag die Freilassung der Demonstranten veranlaßt hätte.

Mahnwache in Gundremmingen beendet

Günzburg (dpa) - Nach vierstündiger Dauer hat am Donnerstagmittag eine Gruppe junger Kernkraftgegner die Mahnwache vor dem Atomkraftwerk Gundremmingen im Landkreis Günzburg wie geplant beendet. Am letzten Tag ihrer Aktion, die im Zusammenhang mit dem 45. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Japan stand, legten sich neun der Demonstranten für eine Stunde vor das Werkstor. Anders als am Montag nahm die Polizei ihre Personalien nicht auf. Ein Polizeisprecher begründete die Zurückhaltung der Ordnungskräfte damit, die Zufahrt ins Werk sei nicht völlig blockiert worden. Nach Angaben der Polizeidirektion Krumbach erwartet die Teilnehmer eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs und eines Verstoßes gegen das Versammlungsrecht.

Am Montag hatte die Polizei drei junge Männer und eine Frau für die Dauer von vier Tagen in Unterbindungsgewahrsam genommen, sie aber am nächsten Tag überraschend freigelassen. Die erstmalige Anwendung des erweiterten Polizeiaufgabengesetzes, das seit April 1989 in Kraft ist und eine Festsetzung bis zu 14 Tagen gestattet, war von den Oppositionsparteien im Landtag mit scharfen Worten verurteilt worden. Das Amtsgericht Günzburg hat inzwischen Angaben des Innenministeriums widersprochen, das Ministerium habe die Freilassung der vier „veranlaßt“. Der zuständige Amtsrichter betonte, er selbst habe, gestützt auf Polizeinformationen, entschieden, die junge Leute wieder freizulassen.

9.8.90 Mahnwache in Gundremmingen geht weiter

Gundremmingen (dpa) - Die Mahnwache vor dem Atomkraftwerk Gundremmingen wurde auch am Mittwoch fortgesetzt, obwohl das Innenministerium das vermeintliche „Ende der Demonstration“ am Dienstag zum Anlaß genommen hatte, den gegen vier Kernkraftgegner verhängten Unterbindungsgewahrsam aufzuheben. Die Grünen bezeichneten die Maßnahme des Innenministeriums am Mittwoch als „Nagel zur Gesichtswahrung“, auf der Grundlage einer „Falschmeldung“. Die Behörde habe einsehen müssen, daß schon der erste Fall der Anwendung des umstrittenen Gesetzes den Beleg dafür lieferte, daß die Novelle des Polizeiaufgabengesetzes in völlig überzogener Weise interpretiert werden könne. Für die Grünen habe sich das Gesetz bereits jetzt als „Maßnahme zur Unterbindung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit“ erwiesen. Die Kernkraftgegner würden ihre Mahnwache wie angekündigt bis Donnerstagabend fortsetzen.

„Ein Schlag gegen die Versammlungsfreiheit“

Abgeordneter Gantzer: Verschärfung des Polizeiaufgabengesetzes rückgängig machen

Von Hannes Krill

München – Mit der umstrittenen Verschärfung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG) haben CSU und Staatsregierung „Bayern auf den Weg zum Einsparungsstaat“ gebracht. Das schließt die SPD aus einem Vorfall, der sich Anfang der Woche vor dem Atomkraftwerk Gundremmingen ereignet hat. Auf der Grundlage des neuen Gesetzes wollte die Polizei dort vier Kernkraftgegner erstmals ohne Haftbefehl drei Tage lang einsperren, mußte die Demonstranten aber auf Anweisung des Innenministeriums schon nach einem Tag wieder freilassen. Die SPD sieht sich bestätigt. Aus ihrer Sicht zeigt der Vorgang, daß die Polizei „in vorausseilendem Gehorsam“ geneigt ist, das neue Gesetz, noch rigoroser anzuwenden als seine Verfasser. Die umstrittene Verlängerung des sogenannten

Unterbindungsgewahrsams von zwei auf 14 Tage müsse deshalb unverzüglich wieder aus dem Polizeiaufgabengesetz gestrichen werden.

Obwohl laut Gesetz auch in Bayern niemand zu einer Gefängnisstrafe verurteilt werden darf, der eine Ordnungswidrigkeit begangen hat, kann die bayerische Polizei seit April vergangenen Jahres Personen, die lediglich verdächtigt werden, eine Ordnungswidrigkeit „von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit“ zu planen, bis zu 14 Tagen in Vorbeugehaft nehmen. In Gundremmingen hat die Polizei diese umstrittene Regelung erstmals angewendet.

Zwölf Kernkraftgegner hatten sich, wie berichtet, vom Montag bis zum Donnerstag dieser Woche vor dem dortigen Atomkraftwerk versammelt, um mit einer sogenannten Mahnwache an den 45. Jahrestag der beiden Atombombenabwürfe über Japan zu erinnern. Vier von ihnen wurden jedoch bereits am Montag von der Polizei in Vorbeugehaft genommen, weil sie angeblich den Zufahrtsweg blockiert und gegen Auflagen des Landratsamtes Günzburg verstoßen hatten. Die vier Kernkraftgegner sollten nach dem Willen der Polizei ursprünglich bis zum Donnerstag in Unterbindungsgewahrsam bleiben, wurden auf Anweisung des Innenministeriums aber bereits am Dienstag auf freien Fuß gesetzt. Die Demonstranten setzten dann ihre Mahnwache vor dem Atomkraftwerk, wie geplant, bis Donnerstag fort, ohne erneut verhaftet zu werden.

„Schlechtes Gewissen“

Die SPD hält „das Einsperren von Demonstranten, die keinerlei Gewalt gegen Personen und Sachen angewendet haben“, für einen „Schlag gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit“. Der SPD-Rechtsexperte Peter Paul Gantzer erklärte, das Vorgehen der Polizei habe „alle Grundsätze der Verhältnismäßigkeit verletzt“ und solle offensichtlich dazu dienen, friedliche Demonstranten davon abzuhalten, von ihrem Grundrecht der Versamm-

lungsfreiheit Gebrauch zu machen. Als „Eingeständnis seines schlechten Gewissens“ wertete Gantzer die Tatsache, daß das Innenministerium die ihm unterstellten Polizeibeamten angewiesen habe, die vier inhaftierten Demonstranten unverzüglich wieder freizulassen. Der Vorfall zeige, daß Polizei und Justiz bei der Anwendung des umstrittenen Gesetzes größte Schwierigkeiten haben.

Nach Ansicht Gantzers offenbart der Fall zudem „eine Fülle von Widersprüchen und Unklarheiten, die dringend einer Klärung bedürfen“. Vor allem das Innenministerium müsse unter dem Gesichtspunkt der Gewaltenteilung erläutern, „wieso auf seine Anweisung hin ein Gericht eine Entscheidung revidiert“, obwohl sich an den formalen Voraussetzungen für die Inhaftierung der Demonstranten bis zu ihrer Freilassung „nichts geändert hat“. Schließlich hätten sie erklärt, ihre Aktionen fortsetzen zu wollen.

Ministerium weist Kritik zurück

Aus der Sicht des Innenministeriums entbehrt die Kritik Gantzers jeder Grundlage und ist nur mit seiner „weitgehenden Unkenntnis über das Polizeirecht“ und seinem „fragwürdigen Grundrechtsverständnis“ zu erklären. Es sei „geradezu unglaublich, daß Gantzer die Nötigung unbeteiligter Dritter und die wiederholte Blockade einer Werkzufahrt als Ausdruck der Versammlungs- und Meinungsfreiheit ansieht“. Die Entscheidung, Demonstranten in Unterbindungsgewahrsam zu nehmen, sei „eine polizeiliche Maßnahme. Für sie trägt die Polizei die Verantwortung“. Dies gelte auch dann, wenn sie von einem Richter bestätigt werde. „Diese richterliche Bestätigung ist nach dem Polizeiaufgabengesetz aber nicht Voraussetzung für die Freilassung.“ Ein Richter müsse nur dann eingeschaltet werden, wenn Personen vorübergehend in Vorbeugehaft genommen werden. In diesem Fall sei die Entscheidung des Richters für die Polizei allerdings verbindlich, teilte das Ministerium mit.

Politische Abschreckung

Warum vier Demonstranten ins Gefängnis gesteckt wurden

ZEIT

17. 8. 90

Gundremmingen

In Bayern hat die Polizei vier junge Leute in „Unterbindungsgewahrsam“ genommen. Sie hat sie ins Gefängnis gebracht, weil die vier, eine Frau und drei Männer, zum Jahrestag des Atombombenabwurfs über Hiroshima vor dem bayerischen Atomkraftwerk Gundremmingen eine Mahnwache hielten. Das Landratsamt hatte zuvor als Ort des Protestes einen Parkplatz vor dem Kernkraftwerk bestimmt. Aber die Atomkraftgegner demonstrierten vor den Werkstoren. Zweimal wurden sie von Polizeibeamten weggetragen. Danach setzten sie aber die Mahnwache am unerlaubten Ort fort. Darauf sistierte die Polizei vier von ihnen, die sich blockierend auf Pflaster gelegt hatten. Einen Tag später wurden sie dem Richter am Amtsgericht Günzburg vorgeführt. Da er ihnen drohte, sie bis zum Ende der geplanten Demonstration, „Donnerstag, 17 Uhr“, in die Haft zurückzuschicken, versprachen sie dem Richter, die Mahnwache nicht so lange fortzusetzen und sich außerdem an die Auflagen des Landrates zu halten. So die Darstellung der Polizei, die die vier dann überraschend freiließ. Der Beschluß des Richters hätte sie vier Tage in Polizeihaft gehalten. Dennoch setzten sie ihre Mahnwache vor dem Tor fort und blieben auch bis Donnerstag mittag. Der Polizei wollen sie diese Absicht schon vorher offenbart haben. Aber die Polizei schritt nun nicht mehr ein. Das Kernkraftwerk erstattete Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs.

Die Polizeihaft für die vier von Gundremmingen war der erste Anwendungsfall des neueregelten Unterbindungsgewahrsams, der seit April 1989 ins bayerische Polizeiaufgabengesetz eingefügt ist. Eine Normenkontrollklage von SPD, Grünen, Gewerkschaften und einer Juristenvereinigung vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof wegen Verstoßes gegen die Freiheitsgarantie der Bayerischen Verfassung von 1946 wiesen die Münchener Landesverfassungsrichter vor kurzem ab. So sah die Polizei alle Staatswächter Bayerns hinter sich und konnte bei der ersten Gelegenheit tatkräftig einsperren.

Folgender Gesetzestext ist ihre Grundlage (Artikel 16 des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes): „Die Polizei kann eine Person in Gewahrsam nehmen, wenn ... 2.) das unerlässlich ist, um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit zu verhindern; die Annahme, daß eine Person eine solche Tat begehen oder zu ihrer Begehung beitragen wird, kann sich insbesondere darauf stützen, daß a) sie die Begehung der Tat angekündigt oder dazu aufgefordert hat oder Transparente oder sonstige Gegenstände mit einer solchen Aufforderung mit sich führt; dies gilt auch für Flugblätter solchen Inhalts, soweit sie in einer Menge mitgeführt werden, die zur Verteilung geeignet ist; oder b) bei ihr Waffen, Werkzeuge oder sonstige Gegenstände aufgefunden werden, die ersichtlich zur Tatbegehung bestimmt sind oder erfahrungsgemäß bei derartigen Taten verwendet werden, oder ihre Begleitperson solche Gegenstände mit sich führt und sie den Umständen nach hiervon Kenntnis haben mußte, oder c) sie bereits in der Vergangenheit mehrfach aus vergleichbarem Anlaß bei der Begehung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit als Störer betroffen worden ist und nach den Umständen eine Wiederholung dieser Verhaltens-

weise zu erwarten ist; oder 3.) das unerlässlich ist, um eine Platzverweisung ... durchzusetzen.“ Durch den ebenfalls neuformulierten Artikel 19 des Gesetzes kann die so leichter mögliche Haft auf vierzehn Tage ausgedehnt werden.

Von allen Grundrechten ist das der schlichten körperlichen Freiheit gegenüber Staat und Polizei das empfindlichste. Deshalb hat das Grundgesetz diese Freiheit vor staatlichem Zugriff gleich in zwei Bestimmungen gesichert, in Artikel 2 und 104. Die weitgefaßten Texte der bayerischen Novelle lassen alle diese Sicherungen außer acht, die das Bundesverfassungsgericht gegen Freiheitsentziehungen konkretisiert hat: Freiheitsentziehende Paragraphen müssen notwendig, bestimmt, eng begrenzt und „verhältnismäßig“ sein, und sie müssen auf konkreten Anhaltspunkten, nicht auf schwammiger Vermutung, auf unbestimmtem Verdacht, basieren. Ein Haftbefehl muß präzise begründet sein. Hier wird der Haftbefehl durch einen Richterbeschluß auf der Basis lediglich von Polizeimaterial unterlaufen.

Die Höchstfrist von vierzehn Tagen verletzt ganz deutlich den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: Die Sistierung wirkt bei diesem Anlaß auf groteske Weise überzogen. Bedenkt man die Tatsache, daß es sich jeweils um vagen Zukunftsverdacht von Schuldlosen oder Bagatelldelikt handelt, wird die Vierzehntage-Drohung unenträglich. Die zweimal zu lesende Gesetzesformel, daß die bevorstehenden Taten „von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit“ sein müßten, ist nur salutarisches Wortgeklänge, die geschilderte Praxis zeigt's. Die Zwei-Wochen-Drohung dient der politischen Abschreckung, nichts anderem.

Formeln wie „zu ihrer Begehung beitragen wird“, „Transparente oder sonstige Gegenstände mit einer solchen Aufforderung“, „Flugblätter solchen Inhalts“, „Menge, die zur Verteilung geeignet ist“, „Begleitperson“, „Waffen, Werkzeuge oder sonstige Gegenstände ... ersichtlich zur Tatbegehung bestimmt“, „erfahrungsgemäß bei derartigen Taten“ (ungenannten Strafbestimmungen) sind nicht eng begrenzt, sondern weit. Sie verletzen das Verfassungsgesetz der Bestimmtheit, das gerade bei Freiheitsentzug rigoros beachtet werden muß. Sie sind auch nicht notwendig. Die liberalen Regelungen in allen anderen Bundeslän-

dern zeigen das. – Fazit: Bayerns Gesetzgeber, Verfassungsgericht und Polizei schließen aus vagen äußeren Gegebenheiten auf Absichten von Menschen und auf künftige strafbare Handlungen, inhaftieren wegen dieser Absichten Menschen damit eine Absichts-Strafe. Daß dies völlig gegen Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht geht, wird aus dem Gesetzestext überdeutlich. Bayern beruft sich gern auf die Regelungen von Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg, die auch die äußerste Grenze von vierzehn Tagen aufweisen. Aber dort wird überall knapp und präzise formuliert. Außerdem dort niemand je die lange Frist wirklich vollstreckt. Richter sorgten für ihre Entschärfung.

Daß Bayern es anders vorhat, zeigen der Zeitpunkt und der Anlaß der ersten Anwendung. Die rasche Inhaftierung der vier Demonstranten beweist auch die verfassungsmäßige Ungeheuerlichkeit des Vorgangs: Atomkraftgegner werden vorsorglich ins Gefängnis geworfen. Polizei und Staatsregierung erklären das als gesetzlich fundierte Gefahrenabwehr gegen Gewalttäter. In Wirklichkeit handelt es sich um ein politisches Instrument der Abschreckung und Repression gegen Unliebsame, um Mißachtung der Freiheitsgarantie. Die Gesetzesermächtigung und die Maßnahmen der Polizei sind schwere Verletzungen der Habeas-corpus-Sicherungen unserer Verfassung, daher verfassungswidrig.

Hanno Kühnert

Wochen-Nachlese

Überzogen GZ 11.8

Von Michael Munkler

Die Premiere ging in die Hose. Erstmals wurde das neue Polizeiaufgabengesetz nach der Entscheidung des bayerischen Verfassungsgerichtshofs, das die neue Regelung vor wenigen Tagen für rechtens erachtet hatte, vor den Toren des Gundremminger Kernkraftwerks angewandt. Am Montag stieß der von der Polizei ausgesprochene und von dem Günstzburger Amtsrichter rechtlich – bestätigte Unterbindungsgewahrsam auf Protest – und das nicht nur bei Grünen und der SPD. Sogar aus CSU-Kreisen waren nachdenkliche Stimmen zu hören.

Kein Zweifel: Friedliche Demonstrierer, die weder gewaltsam waren noch die Zufahrt blockierten, in eine Haftanstalt zu bringen, ist mit der Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht zu vereinbaren. Und das Innenministerium reagierte umgehend. Zwar wurde das nie so bestätigt, doch gibt es eigentlich nur eine Erklärung, warum die drei jungen Männer und die Frau am Dienstag überraschend freikamen und nicht – wie ursprünglich angeordnet – bis Donnerstag in den Haftanstalten einsitzen mußten: Die Behörde gab der Polizei die Weisung, dem zuständigen Amtsrichter auszurichten, der Haftgrund sei weggefallen, da die Demonstration der nicht festgesetzten AKW-Gegner inzwischen abgebrochen worden sei. Der Amtsrichter ordnete die Freilassung an.

In einer windelweichen Erklärung des Innenministeriums hieß es denn auch, dieses habe die Freilassung „veranlaßt“. Vieles spricht dafür, daß den zuständigen Politikern und Ministerialbeamten aufgrund der zahlreichen Proteste gegen den Unterbindungsgewahrsam die Sache zu heiß wurde.

Denn die Demonstranten im Unterbindungsgewahrsam hatten dem Vernehmungsbeamten klipp und klar gesagt, nach einer möglichen vorläufigen Freilassung würden sie umgehend ihre Aktion dort fortsetzen, wo sie

laut Auflagenbescheid nicht genehmigt war: unmittelbar vor dem Werkstor. Offensichtlich hatte sich das Innenministerium vor dem Rückzug mit dem Justizministerium im Freistaat abgesprochen. Denn die Presseagentur dpa wurde am Dienstag gegen 15 Uhr vom Justizministerium informiert. Daß der Unterbindungsgewahrsam vom Montag auch vom Innenministerium als Schuß in den Ofen angesehen worden war, zeigt schließlich auch die Tatsache, daß die Demonstranten, die sich umgehend wieder vors Werkstor stellten, bis zum Ende der Aktion nicht mehr festgenommen wurden. Nervös waren offensichtlich die Verantwortlichen. Das Ministerium hatte sich zeitweilig „sämtliche Presseauskünfte zu dem Fall“ vorbehalten.

Der ganze Fall zeigt, wie schwierig die Anwendung des umstrittenen erweiterten Polizeiaufgabengesetzes ist. So gesehen, wäre es nur wünschenswert, wenn sich schon bald das Bundesverfassungsgericht mit der Rechtmäßigkeit des Gesetzes zu beschäftigen hätte.

Indes kann man vor den idealistisch gesinnten Demonstranten vor dem Werkstor, die seit über einem Jahr im Rahmen ihrer „Mahnwache“ sonntags auf die Gefahren der Kernenergie aufmerksam machen, eigentlich nur den Hut ziehen – auch wenn sie zweifelsohne eine Ordnungswidrigkeit begangen haben. Die Hartnäckigkeit und Zivilcourage, mit der sie sich für ihre Sache einsetzen, nötigt einem Respekt ab. Von ihnen ging zu keinem Zeitpunkt irgendeine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung aus. Hätte man sie gewähren lassen, wäre ihr Anliegen wohl niemals so publik geworden.

Ihr Verdienst: Sie haben an Hiroshima und Nagasaki erinnert. Ob dies in Zusammenhang mit der friedlichen Kernenergienutzung zu bringen ist, darüber kann diskutiert werden. Tatsache ist, daß es weltweit Hunderttausende noch lebende Opfer der Atomkraft gibt: Nicht nur in Tschernobyl, sondern eben auch in Nagasaki, Hiroshima und auf den Südseeatollen, wo die Staaten ihre menschenverachtenden Atombomben ausprobiert haben und unschuldigen Menschen über Generationen hinweg schwerste Schäden zugefügt haben.

AZ 88.30

Ein Mißgriff in Gundremmingen

Erst vor wenigen Tagen hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof u. a. die Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams auf bis zu 14 Tage für Rechtens erklärt. Die Proteste gegen diese Entscheidung sind noch kaum verhallt, da liefert der Staat ein Anschauungsbeispiel, das Wasser auf die Mühlen der Kritiker ist.

Sind doch vier junge Leute in Unterbindungsgewahrsam genommen worden, die durch eine Mahnwache beim Kernkraftwerk Gundremmingen an den 45. Jahrestag der Atombombenabwürfe in Japan erinnern wollten. Zur vollen Wahrheit gehört allerdings auch, daß sie gleichzeitig gegen die Nutzung der Atomkraft protestierten – und daß sie zuvor weder auf gutgemeinte Kompromißvorschläge eingegangen waren noch sich an die Auflage

hielten, auf einem Parkplatz zu demonstrieren. Vielmehr legten sie sich mehrfach vor den Haupteingang. Die ungehorsamen jungen Leute waren auf einen Konflikt mit der Staatsmacht aus – und Richter sowie Polizei taten ihnen auch diesen Gefallen, so daß die Mahnwache nun eine Affäre geworden ist.

Mit der Möglichkeit, jemanden ohne Haftbefehl bis zu 14 Tage einzusperrern, sollen bevorstehende Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten verhindert werden. Vom nackten Buchstaben des Gesetzes her mag das Vorgehen in Gundremmingen sogar gedeckt gewesen sein. In Wirklichkeit ist jedoch mit Kanonen auf Spatzen geschossen worden. Wenn sogar Teilnehmer an einer Mahnwache gegen Atomkraft, die militärisch wie die friedlich genutzte, vorbeugend hinter Gitter gebracht werden, dann sind die schlimmsten Befürchtungen, die mit dem verschärften Polizeiaufgabengesetz verbunden werden, offenbar angebracht. Gernot Römer

Demonstranten vor AKW festgenommen

An Hiroshima erinnert 67. 7. 8. 90

Gundremmingen (mun). Vier junge Männer, die gestern im Rahmen eines sogenannten „Die-In“ ohne entsprechende Genehmigung liegend vor dem Gundremminger Kernkraftwerk gegen die Atomkraft demonstrierten, sind von der Polizei festgenommen und dem Günzburger Amtsrichter vorgeführt worden. Am Nachmittag wurde gegen sie eine Haftfortdauer bis einschließlich Donnerstag ausgesprochen.

Zusammen mit weiteren vier jungen Leuten wollten die gestern festgenommenen von der Aktion „Mahnwache“ an den 45. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima (Japan) am 6. August 1945 und drei Tage später auf Nagasaki demonstrieren.

Bereits am Dienstag vergangener Woche hatte ein Gespräch zwischen der Burgauer Polizei, einem Vertreter des Landratsamtes und der Betreiberfirma des AKW stattgefunden. Ursprünglich wollten die Atomkraftgegner ihre Kundgebung vor dem Werkstor abhalten, was die Gundremminger Werksleitung nach Angaben von Sicherheitsingenieur Dr. Norbert Eickelpasch allerdings nicht für die geplante Dauer von vier Tagen akzeptieren wollte. Die Polizei habe einen Kompromißvorschlag unterbreitet, sagte der für die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Landratsamt zuständige Stefan Papsthart.

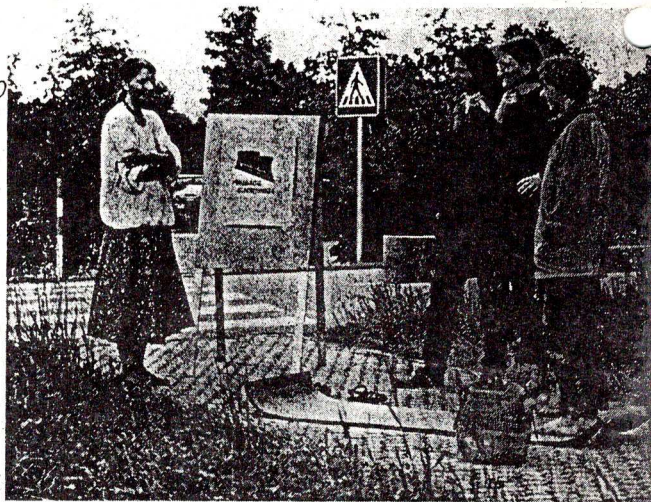
Demnach hätten die Demonstranten jeweils am Montag und Donnerstag ein etwa zehnminütiges „Die-In“ vor den Werkstoren durchführen können, danach hätten sie sich jedoch wieder auf den Parkplatz P II – ebenfalls im Besitz der Bergbau-AG – zurückziehen müssen.

Da die AKW-Gegner diesem Vorschlag nicht zustimmen wollten, sei im Auflagenbescheid der Parkplatz als alleiniger Kundgebungsort ausgewiesen worden. Für Polizeichef Nägele von der Burgauer Polizeiinspektion ist die Sache klar: Die vier jungen Männer hätten sich nicht an die Auflagen gehalten und liegend vor dem Werkstor demonstriert. Das Gelände sei aber im Besitz der Bergbau-AG.

Trotz mehrmaliger Aufforderung durch die eingesetzten Beamten seien sie nicht aufgestanden und weggegangen. Daraufhin kamen sie zunächst in „Sicherheitsgewahrsam“ und wurden gestern nachmittag dem Amtsrichter in Günzburg vorgeführt.

Wiederholungsgefahr

Nach Angaben der stellvertretenden Amtsrichtersdrin Gerda König-von Sperl hatte der Amtsrichter bis gestern nachmittag gegen drei der vier Männer eine Haftfortdauer bis einschließlich Donnerstag angeordnet.



Vier Demonstranten sind gestern vor dem Gundremminger Werkstor festgenommen worden. Die anderen wollen die Aktion bis Donnerstag fortsetzen und an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki erinnern.

Bild: Munkler

gen drei der vier Männer eine Haftfortdauer bis einschließlich Donnerstag angeordnet. Während des Gesprächs, so Frau König-von Sperl, sei deutlich geworden, daß eine Wiederholungsgefahr bestehe.

Die Atombombe sei „die Mutter jeglicher Kernkraftnutzung“, begründete eine Demonstrantin gestern vor dem Gundremminger Werk die Aktion. Darauf wollte man am 45. Jahrestag von Nagasaki und Hiroshima aufmerksam machen. Denn: „Die Folgen für die Überlebenden von Tschernobyl sind genauso schlimm wie die Opfer von Hiroshima.“

Die Reaktion der Polizei sei „lächerlich“, sagte sie. Ziel der Aktion „Mahnwache“ sei es, die Mitarbeiter in der Gundremminger Anlage mit den Gefahren der Atomkraft zu konfrontieren. Genau dies, so die Demonstrantin, wolle die Kraftwerksleitung aber offensichtlich verhindern. „Die Gestaltung der Tage ergibt sich aus Gesprächen mit den Arbeitern, Texten, Liedern, Gebeten und Schweigen“, heißt es im Aufruf der religiös motivierten Aktion „Mahnwache“.

Außerdem fasten die jungen Leute nach eigenen Angaben aus Protest gegen die Nutzung der Kernkraft von Montag bis Donnerstag: „Wir hungern nach Umkehr“, so steht es im Flugblatt.

Eine „äußerste Verzögerung und innere Wut“ über die Vorwürfe der AKW-Gegner hat

Dr. Norbert Eickelpasch nach eigenen Worten bei den Angestellten in der Anlage festgesetzt. Besonders hart und nachweislich falsch, so Sicherheitsingenieur, sei die Aussage, Kernkraftwerke stellten „einen Verrat an Neugeborenen“ dar. Er verwies darauf, daß die Kraftwerksleitung stets zum Gespräch mit den Demonstranten der jeden Sonntag stattfindenden „Mahnwache“ bereit gewesen sei.

Auch habe er die AKW-Gegner zu einem Informationsbesuch eingeladen. Dieses Angebot sei jedoch abgelehnt worden. Unverständlich für Eickelpasch ist auch, daß die Demonstranten den von der Polizei ins Gespräch gebrachten Kompromißvorschlag nicht angenommen haben. Die Werksleitung hätte diesem zugestimmt, versicherte Eickelpasch. „Völlig unbegreiflich“ ist für ihn der Vorwurf der Demonstranten, die im Werk Beschäftigten seien bereit, „über Leichen zu gehen“.

Ziviler Ungehorsam

Die AKW-Gegner wollen ihre Aktion auf dem Parkplatz bis einschließlich Donnerstag fortsetzen. Mit dem zivilen Ungehorsam, so heißt es auf einem Flugblatt, „fordern wir den Dialog innerhalb der Gesellschaft ein“. Eine strafrechtliche Verfolgung helfe mit, „den Konflikt offenzulegen und auszutragen“.

Polizeigewahrsam vor 14 Tagen ist Rechtsens

München (dpa). Die Ausweitung des polizeilichen Unterbindungsgewahrsams in Bayern von 48 Stunden auf 14 Tage ist Rechtsens. Das Bayerische Verfassungsgerichtshof wies am Donnerstag die Popularklage eines Aktivbündnisses aus SPD, Grünen, Gewerkschaften und Juristen gegen die 1989 wirksam gewordene Änderung des Polizeiaufgabengesetzes zurück. Die von den Klägern als „Vorbehaft“ kritisierte Regelung erlaubt den Polizeigewahrsam zur Verhinderung von Straftaten und von Ordnungswidrigkeiten „von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit“. Die Richter betonten, zwar seien nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz des Bundes Verhaftung und vorläufige Festnahme zu Zweck der Verfolgung unzulässig. Diese Bestimmung schließe aber einen präventiv-polizeilichen Gewahrsam aufgrund von Landrecht nicht aus.

Mahnwache vor Kernkraftwerk

Zur Berichterstattung über die Festnahme von Demonstranten bei einer Mahnwache vor dem Kernkraftwerk Gundremmingen:

Bemerkenswert ist, wie die neueste Rechtslage (!) im freiheitlich-demokratischen Bayern ermöglicht, gewaltlose Demonstrationen/innen gegen die lebensgefährliche Atomenergie und Teilnehmer/innen einer Mahnwache zum 45. Jahrestag der Atombombenabwürfe in Japan vor dem AKW Gundremmingen einfach vorläufig-vorsorglich einmal in Haft zu nehmen (!). Übrigens, wie geiferten gewisse Kreise alljährlich hierzulande wohl, wenn diese Hunderttausende Opfer fordernden Atombombenwürfe – Verbrechen gegen Menschlichkeit, Menschen und Umwelt – dem Konto des verbrecherischen Stalinismus zugerechnet werden könnten und nicht dem Schuldmaß (einer Regierung) der befreundeten, großen Demokratie USA zukämen.

G. Schupp-Schied
Blücherstraße 72, 8900 Augsburg

sung wie geplant fortzusetzen. Damit bewies das Amt des Ministers Stoiber, daß es sich bei Bedarf wie das Fährlein im Wind drehen kann, um damit den nach Anweisung handelnden Beamten in den Rücken zu fallen. Uns steht klar vor Augen, daß wir die Atomwirtschaft nicht unterbinden können, solange wir den Betreibern solcher Anlagen mit unserer Sucht nach Wohlstand die Macht über unser Leben in die Hand geben. Mit unserem Fasten wollen wir zeigen, daß wir gemeinsam den Kampf gegen diese Sucht aufgenommen haben. Es ist unsere Pflicht, zivilen Ungehorsam zu leisten, da es gesetzlich erlaubt ist, die Risiken atomarer Energiegewinnung „in Kauf“ zu nehmen. Dinge in Kauf zu nehmen, deren Folgen niemand verantworten kann und die in der Hauptsache diejenigen betreffen, die nach uns geboren werden, ist jedoch ein Verbrechen.

Hanne Mayr-Graf
Aktion Mahnwache Gundremmingen
Keplerstraße 19, 7900 Ulm

Ziviler Ungehorsam

Angesichts des großen Protests, den unsere Festnahme ausgelöst hatte, scheute das Innenministerium nicht davor zurück, mit der Begründung, die Demonstration wäre abgebrochen worden (tritt bei Festnahme des Versammlungsleiters automatisch ein), die Maßnahme plötzlich als hinfällig zu erklären. Dies, obwohl die Festgenommenen zu Protokoll gegeben hatten, die Aktion im Falle der Freilassung

Bedenkliches Vorgehen

Der Arbeitskreis für Friedensaufgaben in der ev.-luth. Kirchengemeinde Günzburg begrüßt die Mahnwache in Gundremmingen zum Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki. Die Erinnerung an „Hiroshima“ und „Nagasaki“ hat eine positive „erhebliche Bedeutung für die Allgemeinheit“. Darum halten wir das Vorgehen der Justiz für bedenklich.

Angela Schwaab
Christa-Wall-Str. 21, 8870 Günzburg
und sieben weitere Unterzeichner

Gegen Rechte des Eigentümers

Zum Leserbrief „Mahnwache vor Kernkraftwerk – Ziviler Ungehorsam“ vom 18. August:

Trotz allem Verständnis für die Anliegen der Versammlungsteilnehmer darf ich auf folgenden hinweisen: 1. Wegen der Bedeutung der ersten beiden Atombombenabwürfe vor 45 Jahren war durch die Polizei bereits in der Vorbesprechung mit dem Anmelder der Versammlung die Duldung von je zehnminütigen Behinderungen der Einfahrt ins Gespräch gebracht worden. Der Versammlungsleiter wollte sich aber in seiner Entscheidungsfreiheit nicht so einschränken lassen. 2. Die Disposition über das Hausrecht und die damit ungehinderte freie Zufahrt zum Werksgelände steht nicht der Polizei, sondern dem Grundstückseigentümer zu. 3. Gegen den versammlungsrechtlichen Auflagenbescheid des Landratsamtes Günzburg, der eine Behinderung der Einfahrt nicht zuließ, wurde vom Anmelder keines der möglichen Rechtsmittel eingelegt, obwohl doch schon von Anfang an die Absicht bestanden haben dürfte, sich über die Rechte des Grundstückseigentümers hinwegzusetzen. 4. Die vier Teilnehmer waren erst in Gewahrsam genommen worden, als sie innerhalb weniger Stunden mehrmals versucht hatten, die Zufahrt zum Werk zu blockieren und auch aus ihrer Argumentation abzusehen war, daß sie ihr Verhalten bis Donnerstag (9. August) fortsetzen würden. 5. Nach der Prognose, die wir nach der nochmaligen Anhörung der vier Teilnehmer am Dienstag (7. August) angestellt hatten, rechneten wir allenfalls für Donnerstag (9. August) gegen 11 Uhr mit einer neuerlichen Behinderung der Werkszu-

fahrt. Deshalb wurde der Gewahrsam aufgehoben. Der weitere Geschehensablauf hat dann unsere Annahme auch bestätigt.

Hellmut Zink
Leiter der Polizeidirektion Krumbach
Mindelheimer Straße 32, 8908 Krumbach

Störfall

Zum Bericht „Trotz Zwischenfall läuft Revision nach Plan“ vom 13. September:

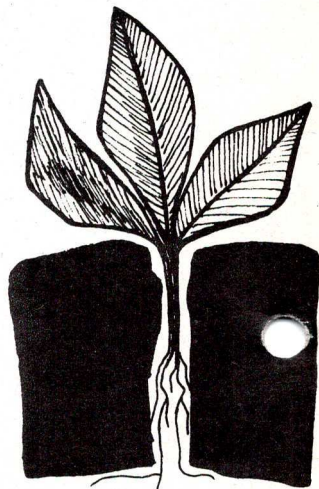
Herr Eickelpasch gibt sich überzeugt, daß der Störfall, der sich am 9. September 1990 im AKW Gundremmingen ereignete, keine dramatischen Folgen hätte haben können. Was wäre geschehen, wenn das 280 Kilogramm schwere Brennelement statt über dem Lagerbecken über dem Reaktorkern abgestürzt wäre? Handelte es sich um einen Bedienungsfehler, daß das Rohr aus der Halterung rutschen konnte, oder versagte die Technik?

Ich erinnere mich, daß uns von der Mahnwache Gundremmingen im Juli 1989 bei einem Infogespräch von Herrn Dr. Eickelpasch gesagt wurde, daß ein Störfall, wie er sich in Krümmel im Juni 1989 ereignet hatte, in Gundremmingen ausgeschlossen werden könne. Im Siedewasserreaktor Krümmel war wie jetzt in Gundremmingen bei der Revision ein Brennelement über dem Lagerbecken abgestürzt.

Wie konnte es jetzt dennoch zu diesem Unfall auch in Gundremmingen kommen? In der Atomindustrie scheint allgemein Palmströms Devise zu gelten: „Weil nicht sein kann, was nicht sein darf...“

Mahnwache Gundremmingen

LETZTE POST



Wer den Aufruf unterzeichnet hat oder uns anderweitig sein/ihr Interesse bekundet, erhält von uns auch weiterhin Post, ansonsten aber nicht. Es ist eine Kostenfrage und außerdem wollen wir niemand belästigen.

Wir danken allen, die uns bisher mit Geld, Rat und Tat unterstützt haben.

Der Druck diesen Rundbriefes kostet ungefähr **30** Pfennig.
Spendenkonto: Mahnwache Gundremmingen Ktnr. 56529
Ökobank Frankfurt BLZ 500 901 00

Druck bei Andere Baustelle Ulm

Wer das Faltblatt "Mahnwache Gundremmingen" weiterverteilen möchte, der/dem senden wir gerne welche zu.

V.i.S.d.P.: Rolf Hiemer, Alfred Braun, Sigrid Birrenbach
Eythstr.15 7900 Ulm

LETZTE MELDUNG

mit beschränkter Haftung, Sitz Nürnberg, ist als persönlich haftende Gesellschafterin in die Gesellschaft eingetreten. 1 Kommanditeinlage herabgesetzt.
HRB 1603: **Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgemeinschaft mbH, Gundremmingen**. Pannen Ernst ist nicht mehr Geschäftsführer. Zum weiteren Geschäftsführer ist bestellt: Dr. Fonk Hans Wilhelm, Abteilungsleiter, Essen-Kettwig.
HRB 1717: **JUVO-GmbH Heizungs- und Industrierohrleitungsbau, Burgau**. Die Gesellschafterversammlung vom 3. Mai 1990 hat die Änderung der §§ 6 (Veräußerung von Geschäftsanteilen) und 7 (Gesellschafterversammlung) der Satzung sowie die Anfügung der